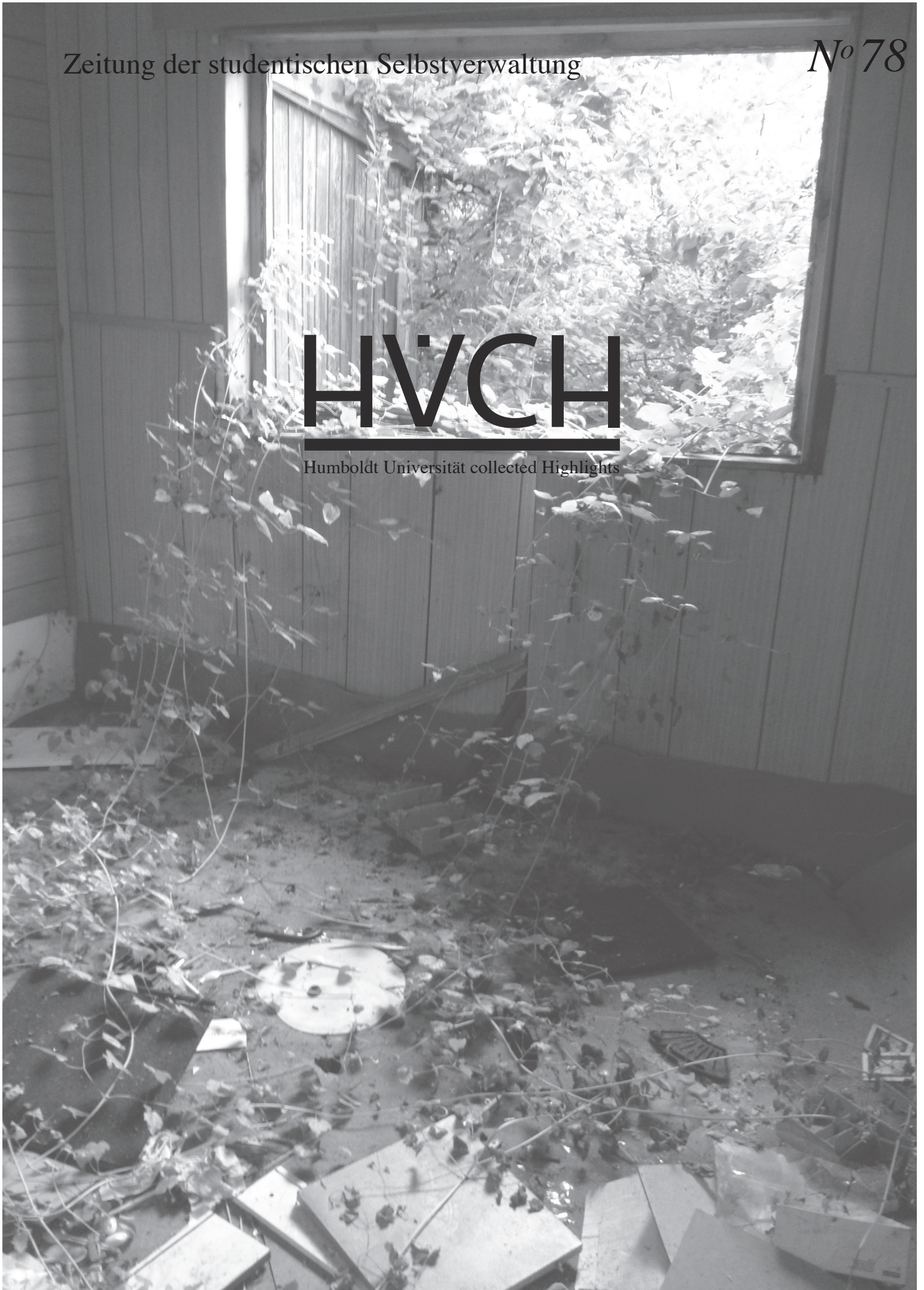


Zeitung der studentischen Selbstverwaltung

Nº 78

HVCH

Humboldt Universität collected Highlights



Editorial

Werte Leser_innen,

plagt Sie seit Wochen eine unerklärliche Übelkeit? Das liegt vielleicht an Laktose, an Gluten oder gar an Histamin. Vielleicht aber auch nicht. Vielleicht liegt es ausnahmsweise überhaupt nicht an dem was wir essen, sondern an dem was andere Menschen nicht essen. Daran, worüber sie nicht reden, mit wem sie nicht schlafen und, in letzter Konsequenz, wohin sie nicht gehen dürfen.

Vielleicht rührt dieser nicht zu überkommene Brechreiz von der Grobheit einer Gesellschaft her, deren wichtigste Presseorgane sich neben Regierungsbildung und Sportereignissen derzeit keines dringenderen Themas zu befleißigen wissen als der Nahrungsmittelsensibilitäten ihrer pausbäckig unersättlichen Leser, während ihre Verwaltungsorgane täglich Hochtechnologie aufwenden, um Menschen draußenzuhalten, die weiter nichts verlangen als ein paar Krümel vom schalen Kuchen.

So gesellt sich die Verdrängung zu Land, zu Wasser und bald auch in der Luft unmittelbar der Verdrängung aus den Köpfen; das wird nicht nur in der Presse und im öffentlichen Diskurs offenbar, sondern nicht zuletzt an dieser Universität, wo die Beschäftigung mit Flucht und dem europäischen Grenzregime mit der Lupe zu suchen ist.

Naiv wäre, zu unterstellen, dass das bürgerliche Bewusstsein die offenen Brüche nicht wahrnimmt, die diese Gesellschaft täglich produziert; für seine Schizoidität spricht, dass es sich Tag für Tag, Sekunde für Sekunde, Gedanke für Gedanke entscheidet, einfach darüber hinwegzuleben.

Wenn Ihnen also schon übel ist, Werte Leser, befinden Sie sich möglicherweise auf dem besten Wege. Beisteuer zur Genesung, die in Besinnung wenigstens ihren Anfang hätte, versucht dieses Heft anzubieten.

Ein gesegnetes Weihnachtsfest wünscht

die Redaktion

Inhalt

S. 3 „...das nimmt man so am Rande wahr, aber es bewegt die Leute wenig“

Ein Interview mit Thomas von der Osten-Sacken über die Situation syrischer Flüchtlinge und das Desinteresse Europas.

S. 5 Die Fratze der Unmenschlichkeit

Über die alltägliche Barbarei europäischer Grenzpolitik und bürgerlicher Verdrängungstaktik

S. 7 Eine Sache der Verantwortung

Patras Bwansi, genannt Patrick, ist Menschenrechtsaktivist. Seit seiner Flucht aus Uganda lebt er in Deutschland und war von Beginn an Teil des Berliner Flüchtlingsprotestes. Ein Interview.

S. 10 Immer diese Widersprüche heutzutage:

„Menschenfeindlichkeit“ & „hate crimes“ in Gemeinschaftsunterkünften für Asylsuchende

S. 13 Gute Verteidigung ist kein Zufall

Jeff Coopers „Principles of Personal Defense“

Impressum

„A dynamic university in a modern population centre simply can't be isolated from the realities, human or otherwise, that surround it.“
Hunter S. Thompson

Anschrift: HUCH! Zeitung der Studentischen Selbstverwaltung

Unter den Linden 6, 10099 Berlin // huch@refrat.hu-berlin.de // www.refrat.de/huch

HerausgeberIn: ReferentInnenrat der Humboldt-Universität zu Berlin (ges. AStA).

Redaktion: Tobias Becker, Janina Reichmann (V.i.S.d.P.), alle Referate des Referent_innenRates, Layout und Illustrationen: Lukas Mertens, Fotocredit S. 20: <http://www.hegel.net/en/gwh3.htm>, Druck Union Druck, Auflage: 3000

Alle Beiträge stehen, soweit nicht anders angegeben, unter Creative Commons License.

Verwendung und Bearbeitung unter folgenden Bedingungen:

/// Angabe der Autorin oder des Autors /// Nichtkommerzielle Verwendung /// Weiterverwendung unter den gleichen Bedingungen

Die einzelnen Artikel geben im Zweifelsfall nicht die Meinung der Redaktion und/oder des gesamten RefRats wieder. Für die Selbstdarstellungen studentischer Initiativen sind weder die Redaktion noch der RefRat verantwortlich.

Redaktionsschluss für die Nr. 79 ist der 24. Januar 2014.

„...das nimmt man so am Rande wahr, aber es bewegt die Leute wenig“

*Ein Interview mit Thomas von der Osten-Sacken
über die Situation syrischer Flüchtlinge und das Desinteresse Europas*

Wie sieht die Situation in Syrien momentan aus? Gibt es dort noch Orte, an denen keine Kämpfe stattfinden?

Syrien ist momentan ein Flickenteppich. Es gibt noch einige Regionen, die vergleichsweise ruhig sind; die Innenstadt und einige Teile von Damaskus sind derzeit noch weitgehend unbeschadet. Im Nordosten, also den kurdischen Gebieten, war es auch lange ruhig, aber andere Gebiete wie die Millionenstadt Aleppo sind sehr umkämpft und zu großen Teilen zerstört, ebenso Homs mit mehreren hunderttausend Einwohnern; die Gebiete, die nicht umkämpft sind, schrumpfen. Natürlich wird das Leben für alle Syrer schwieriger, weil die Nahrungsmittelversorgung problematisch ist, das syrische Pfund stark an Wert verliert und die Bewegung innerhalb Syriens kaum möglich ist.

Momentan sind die großen humanitären Katastrophen z. B. in den Vororten von Damaskus, die im August auch mit Giftgas bombardiert wurden. Diese Orte sind von syrischen Truppen eingekesselt und mit internen Embargos belegt, sodass dort kaum Nahrungsmittel hineinkommen, sie werden aber noch von den Rebellen gehalten. Alle Orte, an denen Rebellen die Kontrolle haben, werden im Prinzip täglich mit schwerer Artillerie beschossen und mit Flugzeugangriffen überzogen, dort findet seit 2 Jahren eine systematische Zerstörung von Infrastruktur statt.

Stimmt es, dass aus Syrien bis jetzt etwa 2 Millionen Menschen geflohen sind?

Davon geht man jetzt aus. Es gibt momentan die größten Flüchtlingslager im Norden von Jordanien, das ist vor allem Zaatari mit mehreren hunderttausend Menschen, wovon man inzwischen sagt, dass es die viertgrößte syrische Stadt sei. Insgesamt ist inzwischen jeder sechste in Jordanien lebende Mensch ein syrischer Flüchtling. Ähnlich ist es im Libanon, wo mittlerweile geschätzt 800 000 bis 1 Million syrischer Flüchtlinge sind. Im Nordirak sind es geschätzt 200 000 Flüchtlinge und dann nochmal in der Türkei mehrere hunderttausend bis zu einer Million, wobei dort viele einfach in den Städten unterzukommen versuchen, ohne sich als Flüchtlinge zu melden.

Was wird in den Nachbarstaaten bzw. spezifisch im Nordirak für die Flüchtlinge getan?

Die Flüchtlingslager in irakisch-Kurdistan sind alle sowohl unter der Verwaltung der UN als auch der kurdischen Regionalregierung und von unterschiedlicher Qualität. Insgesamt gibt es fünf. Wir arbeiten hauptsächlich in Sulaymaniyah, hier gibt es das kleinste der fünf

Flüchtlingslager mit zwischen 5000 und 10000 Flüchtlingen. Seit vorgestern haben wir hier einen präzedenzlosen Wintereinbruch, der wirklich ungewöhnlich ist für Dezember. Das ist für die Flüchtlinge die Hölle, denn sie leben in Zelten und der Boden ist völlig schlammig. Die UN hat es bisher nicht geschafft, wie das eigentlich geplant war, sie in ein anderes Lager umzusiedeln, wo es dann zumindest Containerwohnungen gegeben hätte. Bei um die 0 Grad im Dauerregen in einem Zelt zu leben ist kein großes Vergnügen.

Erreichen derzeit syrische Flüchtlinge Europa? Auf welchen Wegen ist eine Flucht nach Europa überhaupt möglich?

Erstaunlich ist, wie lange Europa eigentlich überhaupt nicht auf die syrische Flüchtlingskrise reagiert hat. Ich erkläre mir das daraus, dass die syrischen Flüchtlinge zum großen Teil aus sehr armen Bevölkerungsschichten kommen. Der syrische Konflikt ist ja vielschichtig, aber er hat eigentlich begonnen in den kleineren Städten und vor allem auch bei der ärmeren Bevölkerung. Die besteht in Syrien hauptsächlich aus Sunniten, während die Eliten Christen und Alawiten sind. Nun können Leute die arm sind wenig Geld für Schlepper bezahlen. Eine sichere Passage aus dem Osten nach Europa mit einem Schlepper kostet durchschnittlich zwischen 4000 und 5000 Dollar pro Person. Das konnten die meisten Syrer nicht aufbringen. Für lange Zeit hat das deshalb die Europäer gar nicht gejackt, weil man wusste: Die Syrer kommen einfach nicht weiter, sondern bleiben in den regionalen Flüchtlingslagern hängen. Der Hintergrund, dass man jetzt in Europa aufwacht in Bezug auf die syrische Flüchtlingskrise, ist ein doppelter: Bis August hatten sehr viele geflüchtete Syrer gehofft, dass Assad gestürzt wird und sie danach in ihr Land zurückgehen können. Mit dem sogenannten Chemiewaffendeal zwischen den USA und Russland war klar, der Westen hat keinerlei Interesse Assad zu stürzen und ab dem Moment hat sich der Blick der Syrer nach Europa gerichtet, weil sie für Syrien keine Hoffnung mehr haben. Die Fluchtroute für die meisten geht jetzt über Libyen, wo ihnen eine relativ billige Passage angeboten wird, nämlich im Moment so um die 700-800 Dollar pro Person. Nur ist diese Route natürlich extrem unsicher, weil die Boote völlig überladen und in extrem schlechtem Zustand sind. Das heißt, es war abzusehen, dass früher oder später relativ viele von diesen Seelenverkäufer-Schiffen im Mittelmeer absaufen.

Der Landweg hingegen ist zu. Das Problem der europäischen Flüchtlingspolitik seit 1993 ist ja diese sogenannte Drittstaaten-Regelung, also dass ein Flüchtling primär in

die Verantwortung des europäischen Staates fällt, den er als erstes erreicht. Das heißt die Länder, die in Europa die ‚Hauptlast‘ von Flucht und Migration tragen, sind sämtliche Mittelmeer-Anrainerstaaten. Die Griechen allerdings betreiben eine so üble Flüchtlingspolitik, vor allem ein sogenanntes Refoulment, d. h. sie schieben wieder in die Türkei zurück, dass das Bundesverfassungsgericht 2010 entschieden hat, dass Griechenland nicht mehr als sicherer Drittstaat angesehen werden kann. Die Bulgaren bauen gerade einen Zaun, sodass niemand rüber kann, und bislang ‚kooperiert‘ die Türkei weitestgehend mit der EU, insofern als sie versucht, Flüchtlinge gar nicht erst in die Westtürkei kommen zu lassen. Der wichtigste Weg geht also von Syrien über Jordanien über Ägypten nach Libyen, und dann mit dem Boot von Benghazi aus. Das geht momentan, denn früher wurde ja Gaddafi von der EU dafür bezahlt, Flüchtlinge in Libyen abzufangen. Es gab in Libyen große EU-finanzierte Auffanglager für Flüchtlinge aus dem subsaharischen Afrika. Das war der Deal, den man mit Gaddafi hatte und der mit dessen Sturz zusammengebrochen ist. Deshalb bietet sich momentan Libyen als Transitland an. Die syrische Küste hingegen nicht, weil sie von Alawiten beherrscht wird, sodass man es als Sunnit vermeiden sollte, dort hinzukommen. Auch in der Osttürkei ist es schwierig, da müsste man versuchen, nach Zypern zu kommen, aber die Häfen werden streng kontrolliert. Das heißt, die Flüchtlinge, die jetzt nach Europa gekommen sind, sind alle über Libyen gekommen. Im Verhältnis zu den Flüchtlingen, die in den Nachbarstaaten Syriens aufgenommen werden, sind das jedoch extrem wenige. Gerade jetzt im Winter, denn das Mittelmeer ist um diese Zeit als Transitstrecke denkbar ungeeignet. Das wird ab März wohl wieder virulent, aber bis dahin wird man von europäischer Seite als eine dieser Frontex-Maßnahmen versuchen, mithilfe der Marine das südliche Mittelmeer abzusperren und Leute direkt nach Libyen zu refoulen. Das ist die neue europäische Abwehrdece, die Leute im internationalen Gewässer abzufangen und dann direkt wieder zurückzubringen. Das stellt einen diametralen Widerspruch zu den bisher üblichen Prinzipien der Flüchtlingspolitik dar. Die verlangen, dass Flüchtlinge einen Antrag auf Asyl stellen können, der dann geprüft werden muss. Das spart man sich eben auf diese Weise.

Hilft die EU syrischen Flüchtlingen momentan in irgendeiner Form?

Die meisten Lager unterstehen dem UNHCR und das klagt über einen großen Mangel an Geldern. Im Vergleich zu anderen Flüchtlingskatastrophen ist die Bereitschaft zu helfen sehr gering. In Deutschland gibt es dafür einen wunderbaren Maßstab: Wenn es eine ARD-ZDF-Spendengala gibt, dann ist eine Flüchtlingskatastrophe in irgendeiner Weise in den Köpfen der Leute angekommen. Aber diese syrische Katastrophe, die eine der größten Fluchtwellen seit 1945 ausgelöst hat, hat bisher bei der europäischen Bevölkerung noch in keinsten Weise zu irgendwelchen Spendenaufrufen oder symbolischen Aktionen geführt, sondern das nimmt man so am Rande wahr, aber es bewegt die Leute wenig. Das ist nebenbei auch realpolitisch wahnsinnig dumm, denn solche Flüchtlingswellen destabilisieren natürlich alles, auch die Nachbarstaaten.

Die Distanz zwischen dem letzten EU-Außenposten, nämlich Zypern, und der syrischen Küste beträgt 90 km. Und man tut die ganze Zeit so, als würde diese Geschichte auf den Malediven stattfinden oder in Polynesien, dabei ist das direkt vor der Haustür der EU.

Thomas von der Osten-Sacken ist Geschäftsführer der seit 1992 im Nahen Osten tätigen Organisation Wadi e. V. und freier Publizist. Im Nordirak unterstützt Wadi auch Projekte für syrische Flüchtlinge.

Die Fratze der Unmenschlichkeit

Über die alltägliche Barbarei europäischer Grenzpolitik und bürgerlicher Verdrängungstaktik

Jakob Kamm

„Sie wollten dem Elend entfliehen. Doch sie geraten an skrupellose Menschenhändler, wurden gefoltert, vergewaltigt und in den Tod getrieben. Es ist der brutale Alltag der Flüchtlinge, die tagtäglich vor der Küste von Lampedusa auftauchen. Im Oktober drängte das Schicksal jener Fliehenden an die Weltöffentlichkeit: Ein Flüchtlingsboot mit 500 Menschen an Bord kenterte – 366 starben.“ So fasst das Deutschen liebste und dümmste Tagesblatt das Bootsunglück vor Lampedusa, das sich diesen Herbst vor den Grenzen Europas ereignete zusammen und rückte selbst denen, die es eigentlich als ihre Aufgabe betrachten Stimmung gegen Flüchtlinge zu machen, das Elend der Flüchtenden in den Fokus. Die Reaktionen aus Politik und Gesellschaft kamen prompt, denn das Ereignis hatte diesmal eine Dimension, welche die ansonsten vorherrschende Ignoranz gegenüber der Thematik nicht mehr zuließ. „Es ist wirklich eine Tragödie, ganz besonders, weil auch Kinder betroffen sind.“ äußerte sich der EU-Regionalkommissar Johannes Hahn. „Darüber muss Europa wirklich traurig sein.“ Und sie waren es alle miteinander – zumindest für eine Woche, in der es den Anschein machte, man wolle sich mit Trauerbekundungen gegenseitig überbieten. So erklärte der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck in einer Rede: „Zuflucht Suchende sind Menschen – und die gestrige Tragödie zeigt das – besonders verletzte Menschen. Sie bedürfen des Schutzes. Wegzuschauen und sie hineinsegeln zu lassen in einen vorhersehbaren Tod, missachtet unseren europäischen Werte.“ Der Linksparteichefin Katja Kipping „drängt[e] sich der Verdacht auf, dass mit Duldung oder sogar Beihilfe der EU-Staatengemeinschaft Menschen zu Tode kommen“. Und während sich Günther Oettinger noch fragte, ob es eine gerechtere Verteilung der Flüchtlingsströme brauche, war sich der Präsident des Europaparlaments Martin Schulz dessen schon sicher. Die zynischste – angesichts der perfiden Logik der EU-Grenzpolitik womöglich aber auch ehrlichste Reaktion kam von der italienischen Regierung und ließ das Nachrichtenmagazin „stern“ von der „Fratze der Unmenschlichkeit“ sprechen: Premierminister Enrico Letta verkündete am Tag nach dem Unglück, dass die Toten ab heute italienische Staatsbürger seien, ohne zeitgleich zu erwähnen, dass gegen die Überlebenden ein Ermittlungsverfahren wegen illegaler Einwanderung eingeleitet wurde. Die Frage, ob die drei passierenden Fischerboote aus Furcht vor dieser unmenschlichen Gesetzgebung die um Hilfe rufenden Flüchtlinge nicht sehen wollten, da bei einer Seenotrettung eine Anklage wegen „Beihilfe zur illegalen Einwanderung“ drohe, stellte lediglich Giusi Nicollini, die Bürgermeisterin

von Lampedusa, deren Versuche auf die verheerenden Zustände an den Grenzen aufmerksam zu machen aber schon zuvor getrost ignoriert wurden.

Die Flüchtlinge kamen größtenteils aus Somalia und Eritrea. Der denunziatorische Begriff des „Wirtschaftsflüchtlings“ entpuppt sich angesichts der Lebensverhältnisse dieser Elendsregionen als einer, der ausschließlich im konservativen Muff von Bierzelten und Stammtischen geäußert werden kann, ohne sich im selben Moment in der Konfrontation mit der Wirklichkeit als eines der vielen hässlichen Gesichter bürgerlicher Ideologie zu verraten.

In Somalia leben 43% der Bevölkerung in absoluter Armut, von weniger als 1 US-Dollar am Tag, 73% von weniger als 2 US-Dollar. In dem Land herrscht seit 20 Jahren ein Bürgerkrieg, dem schätzungsweise eine Millionen Menschen zum Opfer fielen und der 2,2 Millionen Menschen zur Flucht zwang. Die Zahl der unterernährten Kinder stieg von 1997 bis 2006 von 18% auf 36,5%, die Alphabetisierungsrate beträgt 37,8%, die der Frauen kaum 25%. Somalia gilt als Prototyp eines ‚failed state‘. In der hiesigen Medienlandschaft findet das Land am Horn von Afrika meist nur im Zusammenhang mit Piraterie Erwähnung. Diese ist mittlerweile, abseits vom Söldnertum des Bürgerkrieges, zum wichtigsten Wirtschaftszweig und Arbeitgeber des Landes aufgestiegen. Ihren Ursprung hat sie in dem Versuch somalischer Fischer, die Gewässer vor asiatischen und europäischen Fischfangflotten zu bewahren, die sich mit rund 7000 Schiffen an der Überfischung Somalias beteiligen und der lokalen Bevölkerung dadurch die Lebensgrundlage entziehen. Laut dem australischen Ozeanologen Clive Schofield wurden „mehr Proteine aus den somalischen Gewässern gestohlen, als je durch humanitäre Hilfe“ durch die internationale Gemeinschaft zur Verfügung gestellt wurden. Einige europäische Unternehmen nutzen die Küstengewässer zudem als Endlager europäischer „Industrieprodukte“, also Giftmüll, dessen Entsorgung in Europa und Amerika pro Tonne 250 Dollar kostet, in Somalia hingegen für 2,5 Dollar zu haben ist. Ein Souverän, der in der Lage wäre die eigene Bevölkerung vor der Zurichtung des Küstenstreifens zu einem fischlosen Giftmüll-Gewässer zu schützen, existiert nicht. Die illegalen Aktivitäten werden durch die Bestechung von Beamten oder einzelnen Warlords toleriert. Wer angesichts dieser Zustände nun beginnt abzuwägen, ob das individuelle Leid der Menschen eher in der ökonomischen oder der politischen Sphäre zu verorten ist, scheint schon von der zwischenmenschlichen Kälte gefressen. Dass die Flücht-

lingskonvention der UN an genau dieser Unterscheidung festhält, scheint zu belegen, dass der Kampf zwischen Paragraph und Erfahrung endgültig zugunsten des Ersten entschieden wurde.

Und damit nicht genug setzt der zukünftige Richter alles daran, dass es zu keinem Verfahren kommt, in dem die Flüchtlinge dieser Elendsregionen in die Gunst kämen, in politische, also rechtmäßige oder ökonomische, also unrechtmäßige Flüchtlinge kategorisiert zu werden. Die ‚Festung Europa‘ scheint mit dem Vorwurf ihrer Kritiker ernst machen zu wollen. Um die Grenzpolitik der europäischen Staaten zu koordinieren, wurde dazu im Jahr 2004 die ‚Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen‘, kurz FRONTEX, errichtet. Nach deren Selbstverständnis bestehen ihre Aufgaben im Schutz der gemeinsamen Außengrenzen, der Ausbildung von Grenzschutzbeamten und der Erstellung von Risikoanalysen. Alleine letzter Begriff lässt erahnen, welche Form der Gastfreundschaft flüchtenden Menschen von der Europäischen Union zuteil wird. Dem Friedensnobelpreisträger des Jahres 2012 scheint das erfahrene Leid aus Armut, Krieg und Flucht, das nicht einmal die BILD-Zeitung verleugnen kann, nicht genug Risiko zu sein, um ihnen ein Leben zu gewähren, das der individuellen Tragödie ein Ende setzt. Im Gegenteil werden 85 Millionen Euro im Jahr von den EU-Mitgliedsstaaten bereitgestellt, um diese zu perpetuieren. Die stärkere Kontrolle der Außengrenzen zwingt die Flüchtlinge, immer größere Risiken auf sich zu nehmen und vergrößert die Gefahr der Flucht, die bislang bereits über 14.000 Menschen das Leben kostete. Die Dunkelziffer dürfte die empirisch belegte bei weitem übertreffen. Des weiteren gehört es zum Aufgabenbereich von FRONTEX, für jene, die nach Flucht und oft jahrelanger Ungewissheit und einem Leben in den gefängnisähnlichen Auffanglagern ihren Asylstatus verwehrt bekommen, „gemeinsame Rückführaktionen“ zu organisieren, sie in Massenabschiebungen in die verheerenden Zustände zurückzufliegen, denen ihre Flucht geschuldet ist. Der erste konkrete Maßnahme, die den vielen Trauerbekundungen aus Politik und Gesellschaft folgte, war demnach selbstverständlich auch kein Versuch eines Richtungswechsels, sondern die Verabschiedung des neuen Systems zur Überwachung „problematischer Menschenströme“ EUROSUR durch das EU-Parlament, durch das die Abschottungspolitik noch einmal forciert werden soll. In Zukunft sollen Drohnen dazu dienen, die Flüchtlinge ausfindig zu machen. Beläuft sich der offizielle Kostenanschlag dafür auf 244 Millionen Euro, schätzt die Heinrich-Böll-Stiftung die wirklichen Kosten auf 874 Millionen Euro. Während das Kapital also sukzessive die nationalen Schranken der Verwertung ausradiert, setzen die vergleichsweise wohlhabenden Staaten alles daran, die noch halbwegs funktionierende Verwertung der eigenen Bevölkerung vorzubehalten. Die nationalistische Verklärung des Weltgeschehens, die in Europa zunehmend wieder virulent wird, kann sich auf den Wahrheitskern stützen, dass in einer Welt in der das Individuum auf den potentiellen Träger von Arbeitskraft reduziert wurde ein Land wie Griechenland, in dem die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr auf 27,6% anwuchs tatsächlich keine weiteren Lohnabhängigen gebrauchen

kann, für die die Verwertung keinen Platz mehr hat. So können ökonomische Rationalität und nationalistische Ideologie Hand in Hand gehen und in tödliche Barbarei umschlagen, wie es sich beispielsweise in der Jagd auf Migranten durch Anhänger der griechischen Chrysi Avgi anbahnt. „Mit der Ausbreitung der bürgerlichen Warenwirtschaft wird der dunkle Horizont des Mythos von der Sonne der kalkulierenden Vernunft aufgehell, unter deren eisigen Strahlen die Saat der neuen Barbarei heranreift.“ schreiben Horkheimer und Adorno 1944 in der Dialektik der Aufklärung. Die Namensgebung von Chrysi Avgi, zu deutsch Goldene Morgenröte, verleiht dem eine beängstigende Aktualität.

Angesichts der globalen Missstände, die Zehntausende von Menschen täglich mit ihrem Leben bezahlen, scheint keine Frage mehr an der wesentlichen vorbeizuführen: was die Welt im Innersten zusammenhält. Wie es möglich ist, dass Planet und Gesellschaft durch das Kapital zugrunde gerichtet werden, während die Menschen den ökonomisch obsolet werdenden Staat in der Verkleidung der Nation zum Exekutor einer Politik machen, die mit der „Fratze der Unmenschlichkeit“ ziemlich treffend beschrieben wurde. Nach welcher Logik eine Gesellschaft funktioniert, die Menschen, denen jegliche Lebensgrundlage geraubt wurde, durch Zäune abwehrt, mit Drohnen aufspürt und in Lager einpfercht, um sie am Ende dorthin zurückzuschicken wo sie nichts erwartet. Ob nicht „das Ganze das Unwahre“ ist, das in Tragödien wie der vor Lampedusa nur seinen eklatanten Ausdruck findet, wenn man das Wahre als eine Gesellschaft begreift, die den Bedürfnissen und Kräften der Menschen gerecht wird. Ob diese Erkenntnis nicht zwangsläufig folgt, wenn man die Widersprüche die das Unglück vor Lampedusa hervorruft zu Ende denkt und sich nicht mit einer Schuldzuweisung an die Schlepper-Banden abspeisen lässt, um sich zwei Seiten später wieder auf die Bundesliga-Ergebnisse konzentrieren zu können. Für Studierende hieße das Suchen nach einer Antwort die eigene Funktion in der Gesellschaft zu reflektieren, die Relevanz des täglich zu Erlernenden im Angesicht des globalen Elends zur Disposition zu stellen. Hört auf zu studieren, fangt an zu begreifen. Damit gälte es ernst zu machen. Studienpunkte gibt es dafür keine.

Patras Bwansi, genannt Patrick, ist Menschenrechtsaktivist. Seit seiner Flucht aus Uganda lebt er in Deutschland und war von Beginn an Teil des Berliner Flüchtlingsprotestes. Ein Interview.

Warum musstest du aus Uganda weggehen?

Ich war dort aktiv gegen Korruption und für die Rechte von LGBTI. In Uganda ist Homosexualität nicht nur staatlich verboten, sondern auch gesellschaftlich geächtet. Wenn du erwischt wirst, musst du mit einer lebenslangen Gefängnisstrafe rechnen. Dasselbe gilt natürlich für alle, die sich für LGBTI engagieren, auch sie müssen mit Gefängnisstrafen rechnen. Ich habe 2003 angefangen mich gegen Korruption zu engagieren und ab 2007 war ich hauptsächlich aktiv für die Rechte von Homosexuellen.

Gibt es in Uganda eine große Community von Aktivisten?

Naja, ich hatte einige Leute, die mit mir gegen Korruption gearbeitet haben. Das Engagement für Homosexuellenrechte habe ich ziemlich allein gemacht, weil es auch gefährlich ist, sich zu vernetzen. Ich habe LGBTI beraten, aber ich habe auch versucht, Leute in meiner Umgebung zu überzeugen, dass Homosexualität kein Verbrechen ist, sondern jemandes Wunsch, und dass es ok ist, so zu leben, wie man will. Wir haben auch manchmal Workshops veranstaltet, mit den Leuten geredet und sie unterstützt. Ich war auch vorher schon aktiv gegen Diskriminierung von Leuten mit HIV. 1997 habe ich eine Kampagne gestartet. Ich war noch ziemlich jung, aber ich wollte unbedingt etwas tun. Ich wollte den Leuten vermitteln, dass diese Krankheit nicht das Ende der Welt ist. Ich wollte, dass die Gesellschaft aufhört, HIV-Infizierte als Fluch zu sehen oder als Menschen, die eine Sünde begangen haben, statt es als etwas zu begreifen, was einfach passieren kann.

Wusstest deine Familie, was du tust und hat sie dich unterstützt?

Ja, das wussten sie. Vieles fanden sie auch ok, aber insbesondere bezüglich des Aktivismus für LGBTI habe ich Probleme bekommen, denn einige in meiner Familie denken nicht, dass LGBTI das Recht haben sollten, zu lieben, wen sie wollen. Sie sagen, dass das ein Tabu in der ugandischen Gesellschaft ist und gegen die ugandische Kultur verstößt. Das war also ein ernsthaftes Problem und einer der Gründe, warum ich mein Land verlassen musste.

Wann hast du dich dazu entschieden?

Das war im August 2010. Zu dieser Zeit wurde es für Aktivisten dort immer gefährlicher. Ich hielt mich schon seit längerem versteckt. Meine Tante kannte jemanden, der sagte, er könne mich unterbringen, bis meine Optionen geklärt wären. Die Polizei suchte nach mir, und auch bei meiner Familie war ich nicht sicher. Mein Onkel war extrem gegen meinen Aktivismus und hat mich möglicherweise auch bei der Polizei verraten. Ich habe keine Ahnung, wie ich eigentlich genau nach Deutschland gekommen bin. Ein Pfarrer hat seine Hilfe angeboten und einen Flug nach Deutschland organisiert und bezahlt; er hatte irgendeine Verbindung zu einem Pfarrer

in Deutschland, deshalb hat das geklappt. Ich kam also morgens hier in Berlin an, und der Pfarrer sagte mir, ich sollte zur Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber in der Turmstraße gehen; er zeigte mir das Gebäude und ging, und schon kannte ich niemanden mehr. Ich war um 7 dort, aber ich kannte ja die Öffnungszeiten vorher nicht. Die Tür öffnete sich erst um 13 Uhr.

Drin wurde ich befragt, sagte woher ich komme und dass ich Asyl beantragen möchte. Man antwortete mir, dass das hier, also in Berlin, jedenfalls nicht ginge und man mich woanders hinschicken würde. Dann habe fast 3 Wochen hier in Berlin verbracht und nur gewartet.

Wusstest du, worauf du wartest oder was mit dir passieren würde?

Nein, ich hatte keine Ahnung. Ich wurde zu einem Aufanglager gebracht, das Manchester Camp genannt wird. Dort hat man mir Fingerabdrücke abgenommen und mir gesagt, ich müsste warten, bis alle Prozesse abgeschlossen seien. Irgendwann kam jemand zu mir und sagte: „Morgen fährst du nach München“. Ich dachte das sei in der Nähe von Berlin, aber dann erzählte mir jemand, dass es ziemlich weit weg ist. Ich sollte mit dem Regionalzug fahren, sie organisierten und bezahlten das Ticket und dann wurde ich losgeschickt. Die Leute sagten mir, dass ich am späten Abend losfahren müsste, denn wenn ich am Tag losführe, würde ich erst in der Nacht ankommen, wenn dort schon geschlossen wäre. Mit dem Regionalzug braucht man fast 12 Stunden bis München. Ich dachte, man schickt mich in ein anderes Land. Aber ich habe einfach gehofft, dass schon alles klappen wird, weil ich jetzt sicher bin und am richtigen Ort, um frei zu sein. Aber das Gegenteil war der Fall.

Als ich Bayern erreichte, ging ich zur Ausländerbehörde in München, wo ich wieder erstmal drei Tage warten musste. Mir wurde ein Zimmer zugewiesen mit einer Matratze am Boden, ich bekam Milch und Brot und man sagte mir, ich sollte das essen. Kochutensilien sollte ich erst bekommen, nachdem man meine Fingerabdrücke und all das überprüft hatte.

Schließlich nahm man mir nochmal Fingerabdrücke ab, und dann gaben sie mir eine Karte, keinen Ausweis, nur diese Karte. Diese gelbe Karte zeigt, dass du Asyl beantragen darfst, und dann geben sie dir ein Zimmer wo du bleiben kannst und Essen und einen Kochtopf. Man sagte mir, ich müsste Interviews absolvieren. Das erste ist darüber, warum man nach Deutschland gekommen ist; das zweite darüber, ob man Familie in Deutschland hat, ob man gebildet ist, wer man überhaupt ist. Nach diesem Interview bekommst du eine grüne Identitätskarte, so eine Art Ausweis, mit der du dich bewegen kannst. Allerdings nicht einfach so. Ich war zwar in München, aber mir wurde gesagt, dass ich um mich in der City zu bewegen eine extra Karte bräuhete, die München-Pass heißt und die man bezahlen muss. Ich glaube, ich habe 20 oder 30 Euro dafür bezahlt.

Wie warst du in München untergebracht?

In der Erstaufnahmestelle in der Baierbrunner Straße. Dort war ich drei Monate, und in dieser Zeit habe ich die vorgeschriebenen Interviews absolviert. Normalerweise transferieren sie dich danach direkt irgendwo anders hin, aber bei mir hat es dann noch drei Wochen gedauert. Irgendjemand hat gesagt, dass, wenn sie dich nicht innerhalb einer Woche transferieren, du vielleicht Glück hast und in München bleiben darfst. Wenn du hingegen kein Glück hast, dann schicken sie dich nach Passau oder so. Und die Leute haben wirklich Angst, an solche Orte geschickt zu werden, weil sie von Bekannten dort hören, dass die Leute sehr unfreundlich und häufig extrem rassistisch sind. Ich wartete also drei Wochen, dann wurde ich nach Breitenberg bei Passau transferiert. Wieder bekam ich ein Bahnticket, eine Adresse und wurde losgeschickt; in Breitenberg war ich dann fast 2 Jahre. Während einer langen Zeit bekam ich keinen Bescheid zu meinem Status. Sie antworteten mir dann 2012, im März glaube ich. Ich habe sofort meinen Antrag gestellt, und er wurde innerhalb einer Woche zurückgewiesen; ab dann hatte ich nur noch eine Duldung. Im Juni 2012 habe ich dann zusammen mit anderen Flüchtlingen angefangen, den Protest in Passau zu organisieren, wo wir auch ab August ein Protestcamp hatten.

Wie genau lief das mit dem Ablehnungsbescheid? Wurde dir ein Abschiebungstermin genannt oder kam irgendjemand, um dir etwas zu erklären?

Ich bekam nur irgendwelche Papiere. Die waren natürlich auf deutsch und mein Anwalt musste mir helfen, das zu lesen. Direkt nach dem Ablehnungsbescheid war mir geraten worden, mir einen Anwalt zu nehmen, also habe ich mir einen organisiert. Ich musste ihm jeden Monat 50 Euro zahlen, damit er sich mit meinem Fall befasste.

Wie hast du das bezahlt? Und hat dir der Anwalt etwas gebracht?

Das konnte ich mit dem Taschengeld von der Einrichtung und einem Ein-Euro-Job gerade so aufbringen. Der Anwalt stellte dann einen neuen Antrag für mich. Was mich ziemlich enttäuschte war, dass er sich weigerte mich zu begleiten, als ich deswegen zum Gericht musste. Das Gericht war in Regensburg und er sagte, dass das zu weit von seinem Arbeitsplatz in München weg sei. Ich hätte ihm 300 Euro in bar zahlen müssen, damit er mitgekommen wäre. Die hatte ich natürlich nicht, also bin ich eben alleine zum Gericht gefahren. Was dabei herauskam, war eine erneute Ablehnung. Man sagte mir, ich sollte mich darauf vorbereiten innerhalb von zwei Wochen abgeschoben zu werden. Als ich meinen Anwalt erneut um Hilfe fragte, verlangte er 600 Euro, meinte aber gleich, dass der Fall so gut wie aussichtslos sei. Er empfahl mir allen Ernstes, mir doch einfach eine Frau zum Heiraten zu suchen. Ab da hatte erstmal ich genug von Anwälten. Ich habe dann beschlossen, den Bescheid einfach nicht zu beachten, sondern aktiv zu werden und zu sagen „Genug ist genug. Es ist Zeit, aufzustehen und gegen diese unmögliche Situation zu protestieren.“ Und die Etablierung dieses Camps war erstmal einfach ein Weg, die Flüchtlinge untereinander zu Solidarität aufzurufen und die Isolation zu durchbrechen.

Aber wir wollten natürlich auch die Öffentlichkeit auf die Bedingungen aufmerksam machen, unter denen wir gezwungen sind zu leben. Darauf, dass es gute Gründe gibt, warum wir unsere Heimatländer verlassen haben, dass die deutsche Regierung das einfach ignoriert und dass gerade bayrische konservative Politiker uns faktisch kriminalisieren und versuchen, uns von der hiesigen Gesellschaft zu separieren. Und in den Lagern gibt es nichts. Man kann nur essen, schlafen und verrückt werden. Viele von uns würden gerne Deutsch lernen, aber es gibt überhaupt keine Sprachkurse. NGOs, die Caritas oder die Diakonie haben schon versucht, Kurse anzubieten, aber das ist natürlich nicht so effektiv, auch weil diese Kurse aus finanziellen Gründen nicht regelmäßig stattfinden können.

Wie habt ihr den Protest in Passau organisiert?

Ich war in diesem Sommer (2012) auf dem No-Borders-Camp in Köln gewesen, wo ich einige Leute kennenlernen und mich vernetzen konnte. Wir mussten natürlich eine Erlaubnis beantragen, um dort hinzufahren, und die Verwaltung wollte es zuerst verhindern; schließlich hat man es uns doch erlaubt. Zu dieser Zeit organisierten auch schon Freunde von uns einen Protest in Düsseldorf, wo wir dann hinfuhren und es tatsächlich schafften, ein Protestcamp zu etablieren. Das hat mich motiviert, auch in Passau ernsthaft aktiv zu werden; in Würzburg hatten die Proteste ja schon begonnen, und in Regensburg fing es dann auch an. In Passau gingen wir dann zusammen mit lokalen Aktivisten zum Bürgermeister und der Polizei und verhandelten über ein Protestcamp. Sie stellten uns Bedingungen und wir stellten ihnen Bedingungen, es war ziemlich zäh, aber schließlich bekamen wir die Erlaubnis. Wir hatten also das Protestcamp bis November, dann wollten wir es zumachen, weil wir am Marsch nach Berlin teilnehmen wollten. Unsere lokalen Aktivisten haben uns allerdings überredet, das Camp noch etwas länger zu erhalten, denn zu dieser Zeit fingen gerade immer mehr Leute an, sich für unsere Sache zu interessieren. Sie kamen am Zelt vorbei, um herauszufinden, warum wir protestierten; so ein Protestcamp war ja in Passau ein völlig neues Phänomen und wir dachten, wir sollten das Interesse nutzen. Wir sind dann also nur die ersten fünf Kilometer des Marsches mitgegangen und dann zurück nach Passau mit dem Versprechen, am Ende wieder dazuzustoßen. Am 11. Oktober 2012 haben wir dann das Camp in Passau geschlossen und am 12. Oktober waren wir in Berlin. Vorher bin ich allerdings noch zu sämtlichen bayrischen Flüchtlingsunterkünften gefahren, um auch die Leute dort für den Protest in Berlin zu mobilisieren. Ich war drei Tage am Stück unterwegs. Dann sind wir nach Berlin gefahren, und diesmal haben wir nicht um Erlaubnis gefragt; das war es schließlich, wogegen wir protestierten.

Wurdet ihr im Zug aufgehalten oder kontrolliert?

Es war die erste Zugfahrt in Deutschland, auf der ich nicht kontrolliert wurde. Die ganze Zeit zuvor war ich ja viel Zug gefahren und ich wurde jedes einzelne Mal kontrolliert, manchmal auch mehrmals. Jetzt bin ich jedenfalls hier in Berlin. Und dass wir uns entschieden haben, uns dem Protest in Berlin anzuschließen, der Marsch und

das alles, das waren alles auch Versuche, die Residenzpflicht öffentlichkeitswirksam zu brechen und so auf diese verrückte Regelung aufmerksam zu machen.

Erreichen dich immer noch Ausweisungspapiere?

Das letzte kam im Juli diesen Jahres.

Da warst du schon hier. Das heißt, die Behörden finden dich noch?

Ja das tun sie. Es gab im Dezember letzten Jahres in Bayern sogar eine offizielle Suchmeldung für mich, in der ich zu einer gefährlichen Person erklärt und meine baldestmögliche Abschiebung verlangt wurde. Die Tatsache, dass ich den Protest mitinitiiert hatte, spielt dabei eine Rolle; man wollte ein Exempel statuieren und andere politisch aktive Refugees einschüchtern. Mir wurde nicht nur meine politische Aktivität vorgeworfen, sondern auch, dass ich untergetaucht und deshalb eine Bedrohung sei. Aber das ist völliger Quatsch, denn sie wussten genau wo ich bin. Als wir das Camp in Passau geschlossen haben, gab es eine Pressekonferenz, in der wir verkündeten, dass wir nach Berlin gehen und auch hier bin ich ja auf verschiedenen Demos und Aktionen öffentlich in Erscheinung getreten. Ich habe mir dann nochmal einen Anwalt genommen, um rechtlich gegen meine Abschiebung vorzugehen, denn sie ist nur auf meinen politischen Aktivismus ausgerichtet und deshalb illegal. Also musste ich ihnen eine gültige Adresse geben und mein Anwalt musste meine Akte einsenden. Aber mir wurde gesagt, bevor das Gericht irgendetwas entscheiden könne, müsse ich zur ugandischen Botschaft in Berlin gehen und meine Identität bestätigen lassen.

Zur Botschaft eines Landes, in dem du aufgrund deiner Sexualität in Gefängnis sollst.

Genau. Ich habe es natürlich abgelehnt, dort hinzugehen, schließlich protestieren wir ja auch dagegen, dass Deutschland überhaupt mit Regimes wie dem ugandischen kooperiert. Dieses Regime ist schließlich nicht nur diktatorisch, sondern auch korrupt. Mein Anwalt hat mich schließlich überzeugt, hinzugehen. Er durfte mich allerdings nicht in den Anhörungssaal begleiten, weil Ausländer auf dem Gebiet der Botschaft angeblich nicht erlaubt sind. Komischerweise scheint das nicht für deutsche Polizisten zu gelten. Das habe ich also hinter mich gebracht. Seitdem warte ich wieder auf die Entscheidung des Gerichts.

Das heißt, du lebst quasi ständig in der Unsicherheit, ob du bleiben kannst?

Ich sehe das inzwischen so: ich mache meinen Job, meinen politischen Aktivismus, und die machen auch ihren Job. Ich kann mich nicht mehr von politischen Praktiken einschüchtern lassen, die nur dazu da sind, um meine politischen Bemühungen zu schwächen. Ich muss mich einfach auf meine Aktionen konzentrieren. Deshalb versuche ich so viel wie möglich der breiten Öffentlichkeit unsere Situation ins Bewusstsein zu rufen und immer wieder an die Politiker zu appellieren. Wenn sie es ernst meinen mit dem Respekt für die menschliche Würde und Menschenrechte, sollten sie uns nicht vertreiben und kriminalisieren, sondern uns das Recht auf Asyl ge-

ben. Wenn die deutsche Regierung wirklich an die Menschenrechte glaubt, wie sie das ja auch in der Erklärung der Menschenrechte unterschrieben hat, dann muss sie ihre momentane Haltung ändern. Deshalb habe ich hier auch vor kurzem eine Union ins Leben gerufen, um andere Refugees zu ermutigen, sich politisch zu engagieren. Denn es kann ja nicht um Bittstellertum gehen. Die katastrophale Situation, in der sich Afrika heute befindet, wurde von Europa und Deutschland maßgeblich mitgeprägt. Dass wir hier sind, ist in mehrfacher Hinsicht kein Zufall. Insofern sollte es keine Sache von Gnade oder Großmut sein, unsere Forderungen zu unterstützen, sondern eine Sache der Verantwortung.

Interview und Übersetzung: Redaktion

Immer diese Widersprüche heutzutage:

„Menschenfeindlichkeit“ & „hate crimes“ in Gemeinschaftsunterkünften für Asylsuchende

Carolin Mothes

Anfang August 2013 sorgte eine ideologisch motivierte Gewalttat in einigen Medien für Aufmerksamkeit: in der zentralen Erstaufnahmestelle für Asylsuchende in Eisenhüttenstadt (Brandenburg) haben mehrere Männer tschetschenischer Herkunft ein ebenso asylsuchendes und in der Unterkunft lebendes heterosexuelles Ehepaar tödlich angegriffen. Das Paar lebte den Angreifern und ihrer radikal islamischen Weltanschauung zufolge unsittlich und sollte mit Gewalt daraufhin- bzw. zurechtgewiesen werden. Die Täter sollen dem Nachrichtenmagazin FOCUS sowie der FAZ zufolge dem „Kaukasischen Emirat“ angehören, welches sich für einen islamischen Staat im Nordkaukasus einsetzt. Das klingt weit weg und nach russischer Einöde, die nichts mit ‚unserer‘ Lebensrealität zu tun hat, aber zur Erinnerung: die beiden jungen Männer tschetschenischer Herkunft, die Schnellkochtöpfe zu Terrorinstrumenten am Rande eines Marathons umfunktionierten, lebten in Boston. Und wenn ‚wir‘, als Personen mit ordnungsgemäßer Staatsbürgerschaft des Landes in dem wir leben nicht direkt betroffen sind, so sollte es doch an den ideellen Grundpfeilern unseres Zusammenlebens rütteln, wenn Menschen aus Hass und aufgrund vermeintlicher Moral angegriffen werden.

Dass ausschließlich Boulevard-, lokale oder rechtsoffene Medien sich diesem wie auch anderen ähnlich gearteten Fällen annahmen, ist erschreckend und bezeichnend. Erschreckend, weil man (die Autorin, Anm. d. A.) die Solidarität mit den Betroffenen aus einem progressiven oder wenigstens linken Spektrum zu Unrecht erhoffte und bezeichnend, weil daran deutlich wird, wie vor allem die Antira-Arbeit und Flüchtlingsarbeit vor solcherlei Problematiken die Augen verschließen oder ihre Hände als gebunden betrachten. Dabei sind zwei zentrale Aspekte an diesem beispielhaften Fall¹ relevant:

1. Basis: Unterbringungskonzept.

Eine Unterkunft für eine große Anzahl verschiedenster Menschen auf engstem Raum ist bereits außerhalb der Lebenswelt Asylsuche nicht gerade mit Aussicht auf konfliktfreies Zusammenleben ausgestattet: Die hierzulande übliche Unterbringung für Geflüchtete sind kasernenartige Gemeinschaftsunterkünfte², in denen man sich die häufig schimmeligen Duschen, die auch nur zu bestimmten Stunden am Tag kurzzeitig warmes Wasser hergeben, teilen und über den ganzen Flur zur Gemeinschaftstoilette bzw. zum Gemeinschaftsbadezimmer gehen muss; Unterkünfte, in denen man keinen Raum für sich hat, sondern wenige Quadratmeter von Menschen

geteilt werden, die abseits der Flucht- oder Migrationserfahrung nicht unbedingt Gemeinsamkeiten aufweisen, sondern ganz im Gegenteil, wie praktisch jede zufällige Ansammlung von Menschen, verschiedenste Perspektiven auf die Welt haben. Unterkünfte also, die zwar ein Dach über dem Kopf und das Nötigste bereit halten („na immerhin“, Die Goldenen Zitronen), die aber abseits dessen aber nur begrenzt Schutz bieten können oder allein durch die eben beschriebenen Gegebenheiten eher einen Raum der Bedrängnis, gar der Gefahr darstellen. Das Wort Intimsphäre ist sicherlich in noch keiner Drucksache der Bundesregierung oder Stadtratsbeschlüssen zur Thematik gefallen.

„Man wird in einen Käfig geworfen, ein hoher Zaun verläuft außen herum, Wachpersonal innen, und man muss warten, manchmal bis zu 15 Jahre, immer in der Angst, abgeschoben zu werden. Das macht die Menschen verrückt.“ (Napuli Paul Langa, bit.ly/1cLiPvI)

Viel zu oft wird unterschätzt oder ignoriert: Sexismus und Misogynie sind Phänomene, die nicht ausschließlich in bestimmten Milieus der Gesellschaft, sondern überall in ihr zu finden sind. Auch der Transfer von (hetero) sexistischen Ressentiments in diskriminierende oder gewalttätige Praxis ist nichts, was der Gesellschaft außerhalb von Gemeinschaftsunterkünften vorenthalten ist. Die Problematik für Asylsuchende wird hier allerdings durch räumliche Bedrängnis zu einem erhöhten Risikofaktor. Aus Angst, Rassismen zu bedienen oder gar zu befördern, äußern sich viele innerhalb der Antira-Arbeit und Flüchtlingssoziologie überhaupt nicht zu derartigen Problemlagen, benennen konkrete Erfahrungen nicht oder bemerken etwaige Fälle nicht. Dabei sind Frauen in solchen Gemeinschaftsunterkünften sowohl den Männern in derselben Lage als auch dem Heim- & Wachpersonal ausgesetzt.

In Brandenburg haben es die „Women in exile“ mit einem Appell an das Sozialministerium geschafft, dass das Personal einer jeweiligen Unterkunft nun wenigstens anklopfen muss, bevor es eines der Zimmer betritt. Ihre Forderung „Keine Lager für Frauen und Kinder!“ ist zwar schön & gut, kann am Ende des Tages aber nicht alles sein. Auch der International Women Space in der von protestierenden Asylsuchenden besetzten Schule in der Ohlauer Str. in Berlin-Kreuzberg, der Männern den Zutritt verwehrt, kann nur als eine Art spontane und kurzfristige Zwischennotlösung anerkannt werden – sie macht hier innerhalb des Oranienplatz-Camps vielleicht

Sinn, aber blendet tiefgreifende Probleme aus. Die Forderung nach dezentraler Unterbringung seitens der refugees vor Ort hingegen sollte aufgegriffen werden, gibt es doch leider auch eine Vielzahl homosexueller oder zum Christentum konvertierter Männer, die durch andere Asylsuchende gemobbt oder bedroht werden, weil sie nicht in ihre (häufig radikalislamische) Ideologie oder ihr wie auch immer geformtes Weltbild passen.

2. Überbau: Ideologien

Der zweite Punkt ist der weitaus schwierigere. Wie gehen wir damit um, wenn Menschen um Asyl und Schutz bitten, dafür gute Gründe haben, sich allerdings aufgrund ihrer Weltanschauung nicht auf „freiheitlich-demokratische Grundwerte“ einlassen? Das Beispiel des radikalislamisch geprägten Tugendterrors in Eisenhüttenstadt ist nur eines unter vielen, die nicht das Licht der oder nur das der rechtspopulistischen Öffentlichkeit erblicken. Verschiedene Beratungsteams für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt sowie psychosoziale Zentren sehen sich wiederholt dem Konflikt ausgesetzt, dass innerhalb von Gemeinschaftsunterkünften zwischen einzelnen Asylsuchenden einige dieser meinen, dass der (freiheitssehnstüchtige) Lebensstil der oder des Anderen nicht ihren Moralvorstellungen entspricht. Wie sollte es auch anders sein? Warum sollte der Status der Asylsuchenden eine davor bewahren, auch nur ein Arschloch mit dem einem Arschloch entsprechenden Weltbild zu sein? Wieso sollte dieser Status davor schützen intolerant, ignorant, homophob, misogyn oder andersartig „menschenfeindlich“ zu sein? Freilich, die Chance ist sehr hoch, dass man als Asylsuchende genau dies nicht ist, wissend oder ahnend, dass die eigene Sehnsucht nach einem besseren Leben auch die individuelle Glückssuche anderer Menschen legitimiert. Aber was tun, wenn genau das nicht der Fall ist? Abschiebung? Ein Kurzschluss. In System Asyl allerdings auch die einzig wählbare Möglichkeit. Dieser Staat, der, wenn er sich denn mal nicht so ätzend hat und das Recht auf Asyl gewährleistet, Schutz vor Gefährdung der Person oder Identität aufgrund von Geschlecht, Religion, Sexualität, Behinderung oder kriegerischen Verhältnissen in der Herkunftsregion bietet, soll genau diesen Schutz nicht aushebeln, indem Menschen Schutz gegeben wird, die diese Grundsätze der freien, demokratischen Entfaltung negieren. Und erst recht nicht, wenn diese Negation mittels (physischer) Gewalt durchzusetzen gesucht wird. Hier wird deutlich: Konflikte zwischen vielen Menschen auf kleinem Raum sind vorbestimmt und unter den gegebenen Verhältnissen des Konzeptes Gemeinschaftsunterkunft vorherseh- und eigentlich unvermeidbar. Eine Bedrohung der eigenen Person in diesem Kontext durch repressive und menschenverachtende Weltbilder ist im normalen Alltag einer deutschen Staatsbürgerin schon ätzend und in einer Gemeinschaftsunterkunft schlicht die Hölle. Wenn zu dieser erdrückenden Ausgangslage aber noch eine weitere Anspannung kommt, nämlich die, dass ideologisch verbrämte Vollidioten, wie beispielsweise die radikalislamischen Gruppen von Tschetschenen, die unter anderem dem „Kaukasus-Emirat“ verwandt sind, wie in Eisenhüttenstadt auf zudem zahlen- und kräftemäßig unterlegene Mitasylsuchende losgehen, weil die-

se sich „islamisch unsittlich“ verhielten, dann kann beim besten Willen für die individuelle Glücks- oder Schutzsuche keine wie auch immer geartete Toleranz greifen.

Welche Konsequenzen sollten aus dieser Problematik gezogen werden?

1. Die erste Konsequenz hier ist schnell gezogen, aber kein Kurzschluss: die Forderung nach anderen „Unterbringungskonzepten“, allen voran dem des dezentralen Wohnens. Es gibt unzählige Orte, in denen der Leerstand sich dem Durchschnittsalter seiner Einwohner nähert (vgl. Gera); hier könnte man ansetzen, schnellstmöglich mit Veränderungen zu experimentieren. Insofern es nicht möglich ist, einzelne Wohnungen zur Verfügung zu stellen, sollte wenigstens der Charakter der Gemeinschaftsunterkunft verändert werden. Eine deutliche Reduzierung der Personen pro Wohneinheit, pro Quadratmeter, pro Toilette, pro Dusche, pro Kochstelle. Auch wäre es sinnvoll in eine Art Kompetenzteam einzusetzen: eine Gruppe aus Sozialarbeitern, Pädagogen, Psychologen, Soziologen, Dolmetschern, Coaches. Diese Personen müssen nicht permanent vor Ort sein, aber ein Art Sicherheitsteam kann in ihnen gesehen werden. Außerdem: Sprachlehrer – letztere am besten für Englisch; es ist global gesehen schlicht sinnvoller Englisch zu lernen, genauso wie es sinnvoll wäre, wenn Asylanträge in Deutschland nicht ausschließlich auf Deutsch wären oder die Beamtinnen vor Ort wenigstens Grundkenntnisse der englischen Sprache besäßen.

Außerdem ist es notwendig, die psycho-sozialen Beratungsangebote durch die Kommunen dauerhaft zu fördern und möglichst stabil auszubauen. Dies kann aber nicht ohne etwaige Veränderungen in anderen Parametern wie Unterkunft funktionieren; andernfalls werden Probleme wie sexuelle Übergriffe ausschließlich individuell besprochen, aber nicht als Problem einer Wohnsituation wahr- und ernstgenommen. Unumgänglich ist die Abschaffung der Residenzpflicht – dieses Instrument ist einzig in Deutschland zu finden. Der Landkreis in dem eine Asylsuchende gemeldet ist bestimmt den Raum in dem sie sich ohne (teils illegalerweise gebührenpflichtigen) Antrag auf Urlaubsschein bewegen darf – ein Schein wiederum, der einer nur erlaubt die Grenze des jeweiligen Landkreises zu überschreiten, um bspw. eine Ärztin, einen Therapeuten oder ein Beratungsteam aufzusuchen. An Genuss in Form von Kino, Disco, Flanieren ist gar nicht zu denken.

2. Personen, die berechtigt Schutz und Asyl suchen, sollte freilich weiterhin die Möglichkeit geboten werden, diese anzufragen und zu suchen. Im Beispiel der (unterdessen in mehreren Gemeinschaftsunterkünften durch Gewalt auffällig gewordenen) Tschetschenen ist schließlich nicht nur eine gefährliche Situation in ihren Herkunftsregionen zu beachten, sondern bspw. auch die für sie bedrohliche Lage an der Ostgrenze Polens. Allerdings können Angriffe auf die Freiheit anderer nicht toleriert und müssen unabhängig von ihrem Status des Asylsuchenden geahndet werden. Sich dieser Problematik zu widmen verlangt nicht nur das Interesse am Streben nach möglichst viel Glück für das Individuum und

in dieser Perspektive, dem größtmöglichen Glück für alle, sondern die Pragmatik eines progressiven Denken verlangt es, diese Phänomene eben nicht irgendwelchen Drecksblättern oder Rechtspopulisten zu überlassen. Das heißt auch, abseits vom Weg des sich selbst forttragenden p.c.-Diskurs zu schauen, welche Steine im Weg des freiheitsliebenden und respektvollen Miteinander liegen – und wenn das nun einmal islamistische Denkweisen und Strukturen sind, dann sollten diese benannt und darauf reagiert und nicht „die Tschetschenen“ in einem Wisch verteufelt werden. Dies bedarf aber ehrlicher Faktenanalyse, die schwierig sein wird, aber in Hinblick auf einen besseren Zustand, nicht nur für Asylsuchende und eines Tages hoffentlich Anerkannte und Angekommene, die Mühe lohnen soll.

Carolyn Mothes studierte Soziologie, Humangeographie und Psychologie und ist Trägerin eines psycho-sozialen Zentrums für Flüchtlinge in Thüringen.

Fußnoten:

1. Wann spricht man von „Fällen“? Aus meiner eigenen Tätigkeit in diesem Bereich weiß ich von Vorkommnissen, die in Form von Gewalt und Diskriminierung aufgrund von menschenverachtenden Ideologien auftreten... politisch korrekt formuliert, aber undokumentiert: Bei Interesse wenden Sie sich bitte an das nächstgelegene psychosoziale Zentrum für Flüchtlinge.

2. In der Sprache der refugee- oder non-citizen-Selbstorganisation häufig als „Lager“ bezeichnet. Aus verschiedenen Gründen lehne ich das ab, aber das wäre ein Thema für einen gesonderten Text.



Gute Verteidigung ist kein Zufall

Jeff Coopers „Principles of Personal Defense“

Neil McCauley

Die Möglichkeit, Opfer einer Straftat zu werden, besteht praktisch immer. Im Bezug auf die Universität sind die naheliegendsten Fälle wohl der Diebstahl des Notebooks im Grimmzentrum oder das Entwenden der tollen, neuen Carhartt-Jacke im überfüllten Hörsaal. Auf eben diese Fälle konzentrierte sich auch ein Artikel der *Unaufgefordert* im April 2013 und wohl auch das Sicherheitskonzept der HU. Sachbeschädigungen, Diebstahl von persönlichen Gegenständen oder Besitz der Uni, beides sicherlich keine schönen Dinge, sind aber nicht die einzigen Angriffe, mit denen man konfrontiert sein kann. Als junger Mensch, dem Klischee entsprechend oft spät unterwegs, dabei nicht immer ganz nüchtern und nicht immer an den „sichersten“ Orten, läuft man Gefahr, Ziel einer Gewalttat zu werden. Raub, lax „Abziehen“, oder sinnlose Gewaltausbrüche kommen immer wieder vor, auf sie vorbereitet zu sein ist vielen ein Bedürfnis, dementsprechend bietet nicht nur der Hochschulsport diverse Selbstverteidigungskurse an. Überlegungen zum eigenen Umgang mit Gewalt sind meist produktiv und sehr viel besser als das schlichte Ignorieren der Möglichkeit von Gewalterfahrungen. Dieser Beitrag soll nicht dafür sorgen, dass weniger iPods in Bibliotheken gestohlen werden, sondern einen Einblick in mentale Vorbereitungen geben, die in hoffentlich nie eintretenden Extremsituationen sehr hilfreich sein können. Ob ihr anfangs zu boxen, ein Messer mit euch herumzutragen oder euer abgelaufenes Pfefferspray gegen ein frisches austauscht, ist eure Sache und nicht mein Gegenstand, ich werde Jeff Coopers *Principles of Personal Defense* zusammenfassen, also dasjenige *mindset* vorstellen, das im Fall der Fälle Jeff Cooper als ideal erschien.

Kurz zur Person Jeff Coopers: geboren 1920 in Los Angeles war er im zweiten Weltkrieg Teil des *United States Marine Corps*, verließ 1956 das Militär, machte einen B.A. in Politikwissenschaft und mauserte sich in den Siebzigern zu einem der einflussreichsten Experten in Sachen Schusswaffen überhaupt. Die von ihm entwickelte *modern technique of the pistol* revolutionierte den Schusswaffeneinsatz weltweit, seine *rules of firearm-safety* bilden die Grundlage jeder Ausbildung im Umgang mit Schusswaffen und die von ihm geprägten Taktiken sind Teil der Populärkultur spätestens seitdem Michael Mann den *Mozambique drill* in jedem seiner Filme verarbeitet. Cooper stellte jedoch nicht nur Überlegungen zum Einsatz von Schusswaffen an, sondern auch allgemein in Sachen Selbstverteidigung. 2006 starb er in Arizona.

1989 veröffentlichte Jeff Cooper *Principles of Personal Defense*². In diesem eher kurzen Buch beschreibt er sieben grundlegende Prinzipien der Selbstverteidigung. Es ist ganz egal, ob diese mit einer AR15, einem Schweizer

Taschenmesser, euren Kenntnissen aus dem Kinderjudo-kurs oder eurer blanken Verzweiflung umgesetzt werden. Das erste Prinzip ist *alertness*: Aufmerksam sein, das Wissen darum, wer oder was hinter einem ist, sowie die Wahrnehmung von Dingen, die *out of place* erscheinen. Wer wachsam beobachtet, was um einen herum passiert, nimmt Gefahren früher wahr und kann diesen möglicherweise entgehen; ebenfalls ist eine gesunde Skepsis gegenüber allem und jedem laut Cooper angebracht. Nicht unbedingt in den U-Bahnwaggon mit dem Jungesellenabschied, der bis vor einigen Minuten noch auf dem Bierbike saß, zu steigen ist allgemein nachvollziehbar, in der Kneipe nicht mit jedem redseligen Menschen länger zu verbleiben vielleicht weniger. Cooper vertritt beides.

Als zweites führt Cooper *decisiveness* ein. *Decisiveness* lässt sich recht kurz zusammenfassen: In einer Notsituation sollte nicht viel nachgedacht und abgewägt werden, wenn der Schalter umgelegt ist, ist er umgelegt. Wer nicht von Haus aus die zweifelhafte Fähigkeit mitbringt, falls nötig sofort aggressiv und entschlossen alle Normen des sozialen Miteinander zu vergessen, soll sich, so Cooper, präventiv überlegen, wie er oder sie sich in einer Notfallsituation verhalten würde.

Das dritte Prinzip ist *aggressiveness*: Im Notfall gilt es aggressiv, explosiv und entschlossen zu handeln. Angriff ist die beste Verteidigung, je besser der Angriff, desto besser die Verteidigung. Wütend sind wir alle, wenn auch in verschiedenem Maße; in einer Selbstverteidigungssituation sollte diese Wut zur Geltung gebracht werden.

Viertens thematisiert Cooper *speed*. Schnelligkeit kann einen Angreifer abschrecken und zu Vorteilen für die eigene Person führen. Wer zuerst agiert, schmälert unter Umständen die Gefahr eines Angriffs.

Fünftens: *coolness*. Das Tragen einer Sonnenbrille ist an diesem Punkt nicht zwingend nötig, eher gilt es einen kühlen Kopf zu bewahren, damit man auch weiterhin intelligente Entscheidungen treffen kann. Die eigene Panik ist meist unausweichlich, gibt man ihr voll und ganz nach, macht man jedoch damit intelligentes Agieren fast unmöglich.

Das sechste Prinzip ist das wohl befremdlichste von Cooper aufgeführte, es ist das Prinzip *ruthlessness*. Wird man Opfer eines Angriffes, sind Gedanken an gerechtfertigte Mittel oder das Abwägen der eigenen Notwehrsituation nicht nur unnötig, sie sind gefährlich. Cooper fordert jeden dazu auf, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu agieren, bis der Angreifer außer Gefecht ist. Natürlich sollte man sich nicht exzessiver Gewalt hingeben, das wichtigste Ziel ist aber das eigene Wohl. Zuletzt nennt Cooper noch *surprise*. Die Überraschung liegt zwar meist auf der Seite des Angreifers, man kann laut Cooper jedoch durch eine direkte, aggressive Ver-

teidigung den Angreifer überraschen. Das Agieren nach Coopers Prinzipien würde wohl für die meisten Gewalttäter eine große Überraschung und hoffentlich noch die ein oder andere kleine bereithalten.

Cooper schließt sein Buch mit grimmigen Bemerkungen über ein angeblich besseres „damals“ und dem Aufruf dazu, nicht länger Angst vor Kriminellen zu haben, sondern diese das Fürchten zu lehren. Zu beidem kann und möchte ich mich nicht hinreißen lassen. Die Gründe für Gewalt und Kriminalität sind komplex und tief in den Verhältnissen begründet, bürgerliches Recht schließt eine unglaubliche Anzahl von Menschen von der Befriedigung selbst der grundlegendsten Bedürfnisse aus und die Zurichtung eines jeden ist kaum aushaltbar. All das kann jedoch nicht in eine Apologie unvermittelten gewalttätigen Verhaltens verwandelt werden, und dementsprechend kann ich ohne schlechtes Gewissen die Anregungen Coopers weiterverbreiten. Angriffe werden nicht nur mit materiellen Hintergründen oder aus purer Bosheit verübt, oft sind sie die wohl handfesteste Form von Diskriminierung, die Menschen entgegenschlägt. Gerade denjenigen, die von sozialen Ausschlussmechanismen betroffen sind, möchte ich dazu raten, sich um ihre Sicherheit auch selbst zu kümmern, solange die Verhältnisse noch nicht zu etwas wurden, was derartige Gedanken obsolet macht.

Stay safe.

Fußnoten:

1. Um sexualisierte Gewalt geht es hier nicht, Umgang mit dieser ist sehr viel komplexer. Für Informationen dazu verweise ich gerne auf Antisexismus_reloaded Zum Umgang mit sexualisierter Gewalt - ein Handbuch für die antisexistische Praxis, Unrast Verlag, 2007

2. Einzusehen unter: http://www.twistedwiretactical.com/Twistedwire/Book_Club_files/Principles_of_Self_Defense.pdf





Üblicherweise finden Sie an dieser Stelle die Termine der Allgemeinen Rechtsberatung des RefRats der HU. Die Termine für Januar und Februar standen zum Zeitpunkt der Drucklegung dieser Ausgabe jedoch noch nicht fest.

Bei Bedarf wenden Sie sich bitte an den RefRat, auch unter <http://www.refrat.de/beratung.recht.html>